

Keine Aufweichung des Kündigungsschutzes –

Keine Neuauflage des „Bündnis für Arbeit“

Erklärung zur Gesprächsrunde beim Kanzler am 3. März 2003 des Bundestreffens der PDS AG Betrieb & Gewerkschaft am 1./2. März 2003 in Magdeburg

Zur Gesprächsrunde bei Bundeskanzler Schröder am 3. März 2003 erklärt das Bundestreffen der PDS AG Betrieb & Gewerkschaft:

Das für den 3. März 2003 angesetzte Treffen bei Bundeskanzler Schröder darf keine Gründungsveranstaltung für eine Neuauflage des „Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ unter schlechteren Bedingungen für Beschäftigte, Arbeitslose und Gewerkschaften werden.

Erwartungen an die Gewerkschaften

Sicher können sich die Gewerkschaften Gesprächen beim Kanzler nicht verweigern, nur weil dort auch die Vertreter der Unternehmerverbände eingeladen sind.

Es stellt sich aber schon die Frage, wie viel Provokationen Wirtschaftsminister *Clement* (SPD) noch vom Stapel lassen muss, bevor führende Gewerkschafter deutlich machen, dass sie alle Neuauflagen des bisherigen „Bündnisses für Wettbewerbsfähigkeit“, wie es richtig heißen müsste, ablehnen.

Wir erwarten von den Vertretern der Gewerkschaften, dass sie offensiv für ihre Positionen eintreten und deutlich machen, dass sie diese auch mit den notwendigen Aktionen durchsetzen wollen.

Anstelle eines Kuhhandels zugunsten von mehr Ausbildungsplätzen gegen leere Versprechungen der Unternehmerverbände gehört die Durchsetzung einer Ausbildungsplatzabgabe für Betriebe, die nicht ausbilden.

Es darf kein Aufweichen des Kündigungsschutzes geben. Die geplanten Verschlechterungen hinsichtlich der Sozialauswahl werden in der realen betrieblichen Wirklichkeit der Bundesrepublik nur zu mehr älteren Langzeitarbeitslosen führen.

Minister *Clement* und die Unternehmerverbände behaupten wider besseres Wissens, dass weniger Kündigungsschutz Arbeitsplätze schaffen würde. Bereits in den neunziger Jahren hatten die Unternehmerverbände 500.000 neue Arbeitsplätze angekündigt, wenn der Kündigungsschutz gelockert werden würde. Als dann die Kohl-Regierung entsprechend handelte, lautete das Ergebnis: 100.000 Arbeitsplätze we-

niger.

Es geht um das Arbeitsrecht als Ganzes

Wie Minister *Clement* im Gleichklang mit *Friedrich Merz (CDU)* und *Guido Westerwelle (FDP)* erklärt hat, soll die Auseinandersetzung um den Kündigungsschutz nur der Auftakt zu einer Demontage des gesamten Arbeitsrechts sein.

Dem können die Gewerkschaften im Interesse ihrer Mitglieder nicht mit Kaminrunden beim Kanzler entgegentreten, sondern nur durch Mobilisierung der eigenen Kräfte und Aufklärungsarbeit. Warum wird keine neue Kampagne „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ wie 1998 aufgelegt, um damit zu einem Politikwechsel zu kommen?

Die Signale, die auf dem Treffen des SPD-Gewerkschaftsrates von *Michael Sommer* am 24. Februar 2003 ausgesandt wurden, sich auf Gespräche über die Aufweichung des Kündigungsschutzes einzulassen, gehen in die falsche Richtung und werden dem Ansehen der Gewerkschaften schaden.

Unternehmerverbände haben ihre Versprechen gebrochen

Als AG der GewerkschafterInnen der PDS teilen wir die Meinung von *Frank Bsirske (ver.di)* und *Klaus Zwickel (IG Metall)*, dass die Unternehmerverbände keines ihrer Versprechen eingelöst haben, wie z.B. die Schaffung von ausreichend Ausbildungsplätzen. Aber warum soll man sich dann auf neue Bündnisgespräche einlassen?

Formell waren die Tarifverhandlungen bei den bisherigen „Bündnisgesprächen“ außen vor, sie haben dennoch ihre lohnsenkende Wirkung gehabt, denken wir an die Tarifrunden mit ihren „moderaten“ Abschlüssen, die zu einer Senkung der Massenkaukraft beigetragen haben und von *ver.di* wie *IG Metall* bereits vor der Bundestagswahl 2002 als Fehler erkannt wurden. Das Ergebnis von neuen Gesprächsrunden „ohne Tabus“ kann nur noch schlechter sein.

Eine weitere Senkung der Massenkaukraft jedoch führt zu noch höherer Massenarbeitslosigkeit und kann keinesfalls akzeptiert werden.

einstimmig